

2159 Stimmen gegen Bebauung

Von Oliver Kühn

Initiatorinnen der Onlinepetition „Keine Logistikunternehmen in Sehnde Ost“ schreiben offenen Brief an Rat



[Galerie öffnen](#)

Die Erschließung des Gewerbegebiets mit der Versetzung von zwei und der Erhöhung eines Strommasten kostet rund 2 Millionen Euro.
foto: Achim Gückel (Archiv)

Sehnde. Die Initiatorinnen der Onlinepetition „Keine Logistikunternehmen in Sehnde Ost“ haben sich mit einem offenen Brief an die Mitglieder des Stadtrates gewandt und noch einmal ihre Ablehnung des Bebauungsplans 355 bekräftigt. „Wir appellieren daher eindringlich an Sie, dem Bebauungsplan in der derzeitigen Fassung Ihre Zustimmung zu verweigern“, schreiben die Unterzeichnerinnen Linda Delkeskamp, Inga Jäger, Monika Erichsen und Annika Schönaich. „Noch ist es möglich, regionalen Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben eine Chance zu geben, ihr Unternehmen in der Heimatregion weiterzuentwickeln und damit attraktive Arbeitsplätze für die Menschen der Kernstadt Sehnde und der dazugehörigen Ortsteile zu schaffen.“

Schon 2130 Unterstützer online

Über den Bebauungsplan sollte der Rat ursprünglich am 29. April entscheiden. Doch aufgrund neuer Erkenntnisse aus der Bürgerveranstaltung, bei der erstmals bekannt wurde, dass der Reifengroßhändler Delticom das Gelände vermutlich gar nicht allein nutzen will, hatte die Stadt die Sitzung kurzfristig abgesagt. Ziel der Petition sei es nicht, das Gewerbegebiet selbst zu verhindern, sagen die Initiatorinnen, sondern die Ansiedlung von Logistikunternehmen wie Delticom. Diese haben mit Stand gestern 2159 Unterstützer unterzeichnet, davon 1376 aus Sehnde.

Die derzeitigen Planungen würde zu deutlich mehr Verkehr, Lärm und Staubemissionen in allen Sehnder Ortsteilen und der Kernstadt führen. „Verkehrsärmere Logistik“, wie es der Investor genannt hat, sei ein Widerspruch in sich. „Denn die Aufgabe von Logistik umfasst neben Planung, Koordination und Kontrolle

vor allem die Durchführung von Güterflüssen. Kann man bei geplanten 38 bis 40 Laderampen noch seriös von verkehrsrärmerer Logistik sprechen?“, fragen die Unterzeichnerinnen.

Die Initiative verweist dabei auf das Beispiel von Amazon in Höver. Der Internethändler betreibt im dortigen Gewerbegebiet an der Gretlade seit vergangendem Oktober ein neues Verteilzentrum. Kurz nach der Eröffnung gab es bereits Beschwerden von Einwohnern, dass mehr Fahrzeuge als vom Onlineversandhändler angekündigt durch den Ort führen. Könnten und würden die Verantwortlichen der Stadt es verhindern, dass etwa Amazon in Sehnde Ost ein weiteres Verteilzentrum für die sogenannte letzte Meile errichtet, fragt sich Erichsen: „Das Beispiel zeigt sehr anschaulich, dass ein Logistik-Unternehmen soviel Logistik betreibt wie nötig und möglich – ganz gleich, was zuvor in Aussicht gestellt wurde.“

Die Initiative sorgt sich darüber, dass die Stadt das Areal an die Hannover Region Grundstücksgesellschaft (HRG) verkauft und damit außer den noch offenen Festlegungen im Bebauungsplan jede Möglichkeit der Einflussnahme aus der Hand gegeben habe. „Ist es nicht geradezu naiv anzunehmen, dass ein Investor aus Gelsenkirchen auf Rentabilität verzichten und ‚mit angezogener Handbremse fahren‘ wird – zum Wohle der Anwohnerinnen und Anwohner der weit entfernt liegenden Kleinstadt Sehnde und ihrer umliegenden Ortsteile?“ heißt es dort wörtlich.

Planung „Fast fahrlässig“

Dass HRG und Investor ohne rechtskräftig beschlossenen Bebauungsplan schon planen und handeln, erscheint den Initiatorinnen „fast fahrlässig“. Und sollte zudem Delticom eines Tages den Standort doch aufgeben, müsste ein anderer Mieter nachrücken, der auch seinen Hauptsitz nach Sehnde verlegen müsste, damit die Stadt Gewerbesteuer verlangen könnte. „Im schlimmsten Falle würde der Stadt Sehnde also nur die Logistik mit all ihren Nachteilen bleiben und die Gewerbesteuereinnahmen wären gering oder blieben ganz aus.“

Mit Initiative reden

Der offene Brief ist ausdrücklich auch an die CDU-Fraktion gerichtet, die sich inzwischen mit dem Investor, der Engler Immobilien Gruppe aus Gelsenkirchen, zu einem Gespräch getroffen hat. „Nach Auffassung der CDU/FDP-Gruppe waren es vor allem der Mangel an Transparenz und öffentlicher Information seitens der Verwaltung, die zu Unmut und Irritationen bei den Bürgerinnen und Bürgern geführt haben“, urteilt der Fraktionsvorsitzende Klaus Hoffmann. Dadurch hätten sich „Halbwahrheiten und Fehlinformationen“ in der Öffentlichkeit verbreitet.

Die CDU/FDP-Gruppe habe deshalb eine Delegation der Bürgerinitiative zu einer Fraktionssitzung eingeladen. „Wir wollen uns auch die Argumente der Gegner in aller Ruhe und Ausführlichkeit anhören“, sagt Hoffmann. Auch an dieser Sitzung werde der Investor teilnehmen. Damit wolle man versuchen, mehr Sachlichkeit und Ruhe in die „hochemotionale Diskussion“ der vergangenen Tage zu bringen. Über den umstrittenen Bebauungsplan diskutiert und entscheidet der Rat voraussichtlich am 20. Mai.